

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
11/2013*



Liebe FreundInnen!

Am 20. November ist der Nationalrat zu seiner ersten inhaltlichen Sitzung in der neuen Legislaturperiode zusammengekommen. Debattiert wurde u.a. über die Jugendbeschäftigung, die Abhöraktivitäten des US-Geheimdienstes NSA und die budgetäre Situation Österreichs.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Mittwoch, 20. November, trat der Nationalrat zu einer Plenarsitzung zusammen. Zu Beginn wurde im Rahmen einer Aktuellen Stunde zum Thema „Jugendbeschäftigung: Vorbild Österreich“ diskutiert. Es folgte eine Erklärung des Verteidigungsministers und der Innenministerin zu den Abhöraktivitäten des US-Geheimdienstes NSA. Danach standen Erste Lesungen zu den Themen Pflegeregress, Inflationsanpassung der Familienbeihilfe, Nationalratsgeschäftsbildung, Abschaffung der Amtsverschwiegenheit und Parteienförderung auf der Tagesordnung. Am Nachmittag wurde im Rahmen einer Dringlichen Anfrage die budgetäre Situation Österreichs diskutiert.

Im Rahmen der **Aktuellen Stunde** betonte **Sozialminister Rudolf Hundstorfer**, dass Österreich die **niedrigste Arbeitslosenrate Europas** hat. Er bekräftigte die **Vorbildhaftigkeit** des österreichischen Ausbildungsmodells. Bei den 15 bis 19-Jährigen verzeichnet Österreich seit 36 Monaten einen **Rückgang der Arbeitslosigkeit**. "Wir investieren **640 Millionen Euro** für eine Arbeitsmarktpolitik zugunsten junger Menschen, wir schauen nicht weg!", sagte Hundstorfer. Durch die **Ausbildungsgarantie**, in der sich derzeit 7141 Jugendliche befinden, durch den **Lehrlingsbetriebscoach** sowie mit dem **Projekt "Ausbildungsfit"**, welches ab 1. Jänner 2014 startet, werden Jugendliche in der Ausbildung bestmöglich unterstützt.

Neben den österreichischen Industrieprodukten, Agrarprodukten und dem vorbildlichen Tourismus nannte der Minister den neuen Exportschlager aus Österreich: **die Ausbildungsgarantie**. Das **duale Ausbildungssystem** wird als politisches Programm von Schweden übernommen und es gibt intensive Kontakte mit Spanien, Griechenland und Portugal. Auch die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat Österreich aufgefordert, jene Arbeitsgruppe zu leiten, in der es um die Erarbeitung solcher Programme geht. All das ist das **Ergebnis einer konsequenten Politik**, all das ist das Ergebnis dessen, was die Sozialpartner und die Koalitionsparteien in den letzten fünf Jahren auf die Beine gestellt haben.

Im Rahmen seiner **Erklärung zu den Abhöraktivitäten der NSA** wies **Verteidigungsminister Gerald Klug** all jene Behauptungen aufs Schärfste zurück, die das Heeres-Nachrichtenamt (HNaA) als "Handlanger der NSA" darstellen. Er stellte ebenfalls klar, dass **keine Bepitzelung der österreichischen Bevölkerung** durch das HNaA stattfindet. "Wir schöpfen nicht massenhaft Daten ab, wir hängen nicht an Glasfaserknotenpunkten und wir bezahlen auch keine Internet- oder Telefonanbieter, um an deren Daten zu kommen", erläuterte Klug. Die **Einhaltung aller bestehenden Gesetze** wird durch eine Vielzahl von Institutionen strengstens überwacht.

Dazu gibt es neben der **parlamentarischen Kontrolle** durch den Ständigen Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses auch einen weisungsfreien **Rechtsschutzbeauftragten**.

Die richtige **Balance zwischen Sicherheit und Freiheit** forderte **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder**. "Snowden hat mit seinen Enthüllungen viel riskiert. Es gilt in Europa Wege zu finden, um den **Schutz von Whistleblowern** wie **Edward Snowden** sicherzustellen und klar zu sagen: **Wer die Wahrheit sagt, begeht kein Verbrechen und soll daher auch nicht bestraft werden wie ein Verbrecher**. Für diesen Mut und diesen Einsatz gebührt Snowden Respekt – gerade auch seitens demokratisch gewählter Abgeordneter", so Schieder. Edward Snowden habe mit seinen Enthüllungen eine wichtige Debatte ins Rollen gebracht. Offenbar hat die NSA weltweit Telefongespräche von 35 Regierungschefs abgehört. Mit Programmen wie PRISM und Tempora können **Internet- und Telefonverbindungen von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern überwacht** werden.

Der **Schutz von Grundrechten** ist eine der **Grundfesten der Europäischen Einheit**. Auch der **Schutz der Privatsphäre** ist in Europa ein entscheidendes Gut. Die Grund- und Menschenrechte sind in Europa entstanden und nicht zuletzt durch Europa international über die Vereinten Nationen verankert worden. Daher liegt es auch gerade im Interesse der europäischen Staaten, **Grundrechte immer zu verteidigen** und zu **schützen**. Dazu gehört auch das Grundrecht auf Datenschutz und auf Schutz der Privatsphäre. „Es ist gut, dass das Parlament am Beginn seiner Sitzungstätigkeit diese sensiblen Fragen diskutiert. Es geht darum, die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu finden“, so der SPÖ-Klubobmann.

Am Nachmittag stand im Rahmen einer **Dringlichen Anfrage** und einer **Kurzdebatte** die **finanzielle Situation Österreichs** auf der Tagesordnung. **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** bekräftigte, dass das **Budget 2013 voll im Plan** ist. Österreich hat keine Lücke im Budget, sondern es wurde genau das, was budgetiert wurde, auch umgesetzt. Die Diskussion nutzte Schieder auch dazu, **Unwahrheiten zu Budget und Staatskassa zu entkräften** und zur sachlichen Aufklärung mehrerer **Budget-Mythen** beizutragen. Der erste Mythos im Zusammenhang mit dem Budget lautet, es gebe eine Lücke im aktuellen Budget. „Dazu muss man sagen: Obwohl das Wirtschaftswachstum ursprünglich noch mit 1,6 Prozent vorausgesagt worden ist und in der Zwischenzeit auf weniger als die Hälfte, nämlich auf 0,4 Prozent gesunken ist, wird das heurige Budget voll im Plan sein“, erklärte Schieder. Daran kann man schon erkennen, dass trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten **vorsichtig budgetiert** worden ist.

Ein weiterer Mythos ist, dass sich die **Prognosen der Wirtschaftsforscher** im Nachhinein immer bewahrheiten. Als Beispiel nannte der SPÖ-Klubobmann die 2010 erfolgte Prognose des WIFO eines Budgetdefizits für 2012 in Höhe von 4,2 Prozent des BIP. Tatsächlich betrug es im Jahr 2012 2,5 Prozent. „Das sind 5 Milliarden Unterschied“, führte Schieder aus. Dieselbe Problemlage besteht bei einem **Finanzplan bis 2018**. Der SPÖ-Klubobmann entkräftete die Vorwürfe, dass die Bundesregierung etwas verschwiegen hätte. Diese Regierung ist die erste, die auf Basis des **neuen Haushaltsrechtes** eine **mehrfährige Finanzprognose** vorlegt. Daher ist sie

auch die erste Regierung, die damit konfrontiert ist, dass es für die nächsten Jahre **große Prognoseungenauigkeiten** gibt. „Unser Budget ist in Ordnung und wir werden weiter auf dem Weg gehen, der uns bis 2016 zu einem **ausgeglichenen Haushalt** führt“, schloss Schieder.

Der von der FPÖ eingebrachte **Misstrauensantrag** gegen die Bundesregierung fand **keine Mehrheit**.

Veranstaltungen

Europaratskonferenz: Politischer Wandel im südlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten



Am 08. November 2013 fand in Lissabon eine Konferenz und eine daran anschließende Arbeitssitzung des Europaratsausschusses für Politik und Demokratie statt. Diskutiert wurde über den politische Wandel im arabischen Raum und die Frage, wie die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE), die neuen demokratischen Institutionen in der Region unterstützen kann. PACE steht für derartige Kooperationen vor allem das Instrument der "Partnerschaft für Demokratie" zur Verfügung. Dieses Instrument ermöglicht es der PACE in einen breit angelegten Austausch mit den Parlamenten der Partnerstaaten zu treten. Diese wiederum erhalten die Möglichkeit die Ressourcen und Institutionen des Europarats zu nutzen.

Für die Parlamente junger Demokratien besonders interessant ist die Europäische [Kommission für Demokratie durch Recht](#), die beim Aufbau von Verfassung und Rechtsstaat wichtige Schützenhilfe leisten kann. Auf der Konferenz, zu der auch Delegierte aus den südlichen Mittelmeerländern eingeladen waren, wurde jedoch wiederholt klargestellt, dass es die Kooperation mit PACE nicht für umsonst gibt. Vielmehr müsse jede einzelne Partnerschaft regelmäßig anhand der erzielten demokratischen und rechtsstaatlichen Fortschritte überprüft werden.

Georgia`s Foreign Policy Perspectives / Georgiens außenpolitische Perspektiven

Erstmals in seiner Geschichte und beinahe unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit hat Georgien im vergangenen Jahr sowohl im Parlament als auch im Präsidentenamt einen demokratischen und weitgehend friedlichen Machtwechsel vollzogen. Für die Nachbarstaaten, allen voran Russland, aber auch für die EU und die USA stellt sich nun vor allem die Frage, welche Auswirkungen dieser Machtwechsel auf die Außenpolitik Georgiens in dieser krisengeschüttelten und geopolitisch so bedeutenden Region haben wird.



Dem Renner Institut ist es gelungen, am 19 November, gemeinsam mit dem International Institute for Peace und der Diplomatischen Akademie eine sehr informative Veranstaltung zu diesem Thema zu organisieren. Mit dem ehemaligen georgischen Außenminister und jetzigen Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses Tedo Japaridze, Aleksandr Eliseev vom russischen Rat für Außenpolitik und Johannes Wetzinger von der Wiener Universität der Angewandten Wissenschaften konnten die Veranstalter ein fachkundiges und durchaus kontrovers diskutierendes Podium zusammenzustellen. In das Thema einzuleiten. Ich hatte die große Freude, in das Thema einzuführen.

Grundtenor der Veranstaltung war, dass Georgien an seiner Westintegration festhalten wird, auch wenn es sich keine Hoffnung mehr auf einen schnellen Beitritt zu NATO und EU macht.

Auch die Beziehungen zu Russland werden sich nicht grundlegend ändern. Die Konflikte wegen Georgiens Orientierung nach Westen und Russlands Anerkennung der von Georgien abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien bleiben weiterhin bestehen. Tedo Japaridze hob jedoch hervor, dass die neue Regierung verstärkt das Gespräch mit Russland suchen wird.

Mit Blick auf Abchasien und Südossetien merkte der ehem. Außenminister an, dass er sich Wien sehr gut als Ort für weitergehende Gespräche zwischen Georgien und seinen zwei abgespaltenen Regionen vorstellen könnte.

Österreich übernimmt Vorsitz des Europarates

Anlässlich der Übernahme des Europaratsvorsitzes durch Österreich am 14. November finden 2 Tage lang Sitzungen in Wien statt. Schwerpunkte des österreichischen Vorsitzes werden die Themen Menschenhandel, Medienfreiheit und Datenschutz im Internet sein. Außerdem wird Österreich versuchen, die benötigten Unterschriften von zehn Mitgliedstaaten zusammenzubringen, damit das Europaratsübereinkommen gegen Gewalt an Frauen endlich in Kraft treten kann. Als Höhepunkt des österreichischen Vorsitzjahres ist eine große Außenministerkonferenz am 5. und 6. Mai in Wien geplant, auf der auch der 65. Geburtstag des Europarates gefeiert werden soll.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at